

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt,
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Für eine Wende in Peking einzutreten fordern **Rudolf Bindig MdB** und **Dr. Klaus Kübler MdB** von der Bundesregierung.

Seite 1

Rio blieb in Bonn ohne Folgen stellt **Marion Caspers-Merk MdB** in einer Bilanz aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Erdgipfels fest.

Seite 3

An die Frauenrechtlerin **Hedwig Dohm**, die vor 75 Jahren gestorben ist, erinnert **Angeilika Barbe MdB**.

Seite 4

Das Leitbild der sozialen Demokratie aufrechtzuerhalten, verlangt **Manfred Reimann MdB** mit Blick auf die Standort-Diskussion bei BASF.

Seite 5

49. Jahrgang / 105

6. Juni 1994

Für eine Wende in Peking eintreten

Die chinesische Demokratiebewegung wird verstärkt unterdrückt

Von **Rudolf Bindig MdB** und **Dr. Klaus Kübler MdB**
Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre
Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Tagen jährt sich das blutige Massaker vom Tiananmen-Platz zum fünften Mal. Am 4. Juni 1989 wurde eine rasch aufgekommene, breite Demokratiebewegung unter der Verantwortung des jetzigen Ministerpräsidenten Li Peng brutal niedergeschlagen. Panzer und Maschinengewehre waren seine Antwort auf den friedlichen Einsatz für mehr Demokratie.

Auch fünf Jahre nach Tiananmen gibt es keine Anzeichen für eine neue Politik in China in Richtung Demokratie und Menschenrechte. Die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China hat sich tendenziell verschlechtert und die Demokratiebewegung wird härter unterdrückt als zuvor. Das Jahr 1993 war nach Aussage der Menschenrechtsorganisation Asia-Watch im Hinblick auf Verhaftungen und Verurteilungen von Oppositionellen das schlimmste Jahr seit den Ereignissen, die auf den Juni 1989 folgten. Auch die Zahl der Todesurteile befand sich 1993 auf Rekordstand: Im vergangenen Jahr wurde nach Angaben von amnesty international in 2.564 Fällen die Todesstrafe ausgesprochen; 1.419 Todesurteile sind vollstreckt worden. Vereinzelte Freilassungen von international bekannt gewordenen Dissidenten (37 im Jahr 1993 laut Asia-Watch) steht eine hohe Zahl von Neuverhaftungen Oppositioneller gegenüber: 216 im Jahr 1993 laut Asia-Watch. Über die tatsächliche Anzahl von politischen Gefangenen in der Volksrepublik China gibt es nur unvollständige und unübersichtliche Angaben. Asia-Watch spricht von 1.700 bekannten Fällen von Personen, die zwischen den späten siebziger Jahren bis zum Januar 1994 aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen inhaftiert wurden. Chinesische Angaben hingegen sprechen selbst von einer Gesamtzahl von circa 3.300 Personen, die im Jahr 1993 wegen "konterrevolutionärer Vergehen" in Haft waren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erhältliche Ausgabe
mit verpackter Restfraktion
Recycling-Papier



Neben der Verhaftung Oppositioneller und der exzessiven Verhängung der Todesstrafe bestehen auch andere gravierende Menschenrechtsverletzungen unvermindert fort, insbesondere Folter, Mißhandlungen und Rechtslosigkeit in chinesischen Gefängnissen oder Verurteilungen bis hin zur Todesstrafe ohne rechtsstaatliche Verfahren. Erschreckend ist die Institution der "Umerziehung durch Arbeit". Die Einweisung in diese Zwangsarbeitslager erfolgt ohne Gerichtsurteil, auf der Basis von Verwaltungsentscheidungen. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen gibt es zwischen 3.000 und 5.500 solcher Lager in der Volksrepublik China. Chinesischen Angaben zufolge befanden sich Ende 1993 etwa 120.000 Gefangene in Lagern zur "Umerziehung durch Arbeit". Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen gehen dagegen in Millionenhöhen. Schwere Menschenrechtsverletzungen gibt es in Tibet. 1993 sind in Tibet Demonstrationen niedergeschlagen worden, die Sinisierung des Landes wird massiv fortgesetzt, politische Gefangene werden äußerst harter Behandlung ausgesetzt.

Wenn es in China auch zur Freilassung von prominenten inhaftierten Dissidenten kommt, ist dies nicht Ausdruck einer neuen Menschenrechtspolitik. Die chinesische Führung verfolgt damit andere, außenpolitische Ziele. So war es vor der Entscheidung über die Vergabe der Olympischen Spiele für das Jahr 2000, so war es vor kurzem erneut bei der Freilassung von Chen Ziming, einem der führenden Köpfe der auf dem Tiananmen-Platz niedergeschlagenen Demokratiebewegung, und bei Wang Dan, ebenfalls einem der führenden chinesischen Dissidenten, der verhaftet und kurze Zeit später wieder freigelassen wurde. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der bevorstehenden Entscheidung des US-Präsidenten über die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel im Handel zwischen den USA und China.

Die Entscheidung der US-Regierung, die Frage der Menschenrechte vom Handel abzukoppeln, darf nicht zu der Schlußfolgerung führen, daß wirtschafts- und handelspolitische Kontakte die Menschenrechte ausklammern. Im Gegenteil: Gerade diese Kontakte verpflichten dazu, nach inhaftierten Oppositionellen zu fragen oder andere Menschenrechtsfragen immer wieder aufzuwerfen.

Ertgegen der allgemeinen völkerrechtlichen Auffassung betrachtet die chinesische Führung auch weiterhin jede äußere Kritik an der Menschenrechtssituation in China als "Eingemischung in die inneren Angelegenheiten". Sie begründet offiziell ihre Anti-Menschenrechts- und Anti-Demokratielinie mit der von ihr gesetzten Priorität für die wirtschaftliche Erneuerung des Landes. Dem müßten sich Menschenrechte und Demokratisierung unterordnen. Mit der jüngsten Warnung von Staats- und Parteichef Jiang Zemin, das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte vor fünf Jahren in Peking sei geradezu der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg gewesen, will die Kommunistische Partei letztlich die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Chinas überdecken.

Die deutsche Politik muß der chinesischen Seite vermitteln, daß die Menschenrechtssituation in China solange auf der Tagesordnung internationaler Gremien und bilateraler Gespräche bleiben wird, bis eine entscheidende Wende eintritt. Die SPD verfolgt die Bemühungen der Bundesregierung zu Fragen der Menschenrechte in China sehr genau. Die Bundesregierung wird überall dort von Seiten der SPD Unterstützung erfahren, wo sie sich auf geeigneten Wegen für die Menschenrechte einsetzt. Die SPD begrüßt, daß der deutsche Bundesaußenminister mit Mitteln der "stillen Diplomatie" zur Freilassung von Wang Juntao beigetragen hat. Die Kritik der SPD setzt dort an, wo die Bundesregierung in Menschenrechtsfragen ausweicht. So, wenn der Bundesaußenminister sich "verbirgt", wenn die ihm politisch nahestehende Naumann-Stiftung den Dalai Lama einlädt.

Die SPD fordert einen deutlichen Einsatz der Bundesregierung für die Menschenrechte in China. Dies schließt einen Dialog mit China über Fragen nicht aus, inwieweit neben den bürgerlich-politischen Rechten auch die wirtschaftlich-sozialen Menschenrechte zu beachten sind und welchen Stellenwert die Verwirklichung der Menschenrechte auf unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen und in Bezug auf unterschiedliche kulturelle Traditionen hat. Der Dialog muß allerdings strikt auf der Grundlage der internationalen Menschenrechtsstan-

derds geführt werden. Die internationale Staatengemeinschaft hat auf der Weltmenschrechtskonferenz in Wien erneut bekräftigt, daß die universelle Geltung der Menschenrechte nicht durch Relativierungen außer Kraft gesetzt werden kann.

(-/6. Juni 1994/rs/ks)

Rio blieb in Bonn ohne Folgen

Eine bittere Bilanz des zweiten Jahrestages des Erdgipfels

Von Marlon Caspers-Merk MdB

Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

In den zwei Jahren seit Rio ist es Umweltminister Töpfer nicht gelungen, seine dort gegebenen Versprechen einzuhalten. Zwar hat er die ebenfalls auf der UNCED-Konferenz in Rio verabschiedete Klimakonvention und eine Artenschutzkonvention mit Mühe durch das Ratifizierungsverfahren des Bundestages bugsiert. Das ändert aber nichts daran, daß der Minister sich gegen die notwendigen Konsequenzen seines medienwirksamen Auftritts in Rio sparrt.

Leider haben die Skeptiker, die schon vor dem Rio-Gipfel mahnende Worte fanden, angesichts der jetzt zu beobachtenden Entwicklung recht behalten. Schon damals wurde die Unverbindlichkeit des Kernstückes der Rio-Deklaration, die AGENDA 21, kritisiert. Zurecht wurde darauf verwiesen, daß Absichtserklärungen allein nicht ausreichen würden, die globale Wende hin zu einer gerechten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung ökologischer Belange zu vollziehen.

Konkret wurden im Rahmen der AGENDA 21 eigentlich nur zwei Dinge festgelegt: Zum einen die Einrichtung einer Kommission für nachhaltige Entwicklung (committee on sustainable development, CSD), zum anderen die Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel für die Länder der Dritten Welt. Daß es das Komitee tatsächlich gibt, ist das einzig positive, was man nach zwei Jahren auf der Habenseite buchen kann. Schuld an dieser bitteren Bilanz ist der Umstand, daß die Industrienationen sich ihren Zahlungsverpflichtungen entzogen haben und daß deshalb das Komitee nicht in die Lage gesetzt wurde, die AGENDA 21 in konkrete Politik umzuformen. Der gerade ausgeschiedene CSD-Vorsitzende, Razali Ismail, bezeichnete die bislang zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von zwei Milliarden Dollar als Tropfen auf den heißen Stein, angesichts des Umstandes, daß mit 125 Milliarden Dollar pro Jahr gerechnet worden war. Und der Vorsitzende der Gruppe der 77, eines Zusammenschlusses von 129 Entwicklungsländern, sprach von einer enttäuschenden Bilanz. Statt neue und zusätzliche Mittel zu geben, kürzten die Industrienationen ihre Zahlungen.

Deutschland macht da keine Ausnahme, zwei Jahre nach Rio gibt es auch bei uns keinen Grund zum Stolz über wirksame Beiträge zu einer globalen Umweltpolitik: Deutschland ist nach wie vor der größte Müllexporteur der Welt, wir sind immer noch Weltmeister im Textilverbrauch, die Förderung des Energiesparens und des Einsatzes regenerativer Energien wird gekürzt, unser Beitrag zum Klimaschutz beschränkt sich auf eine verwässerte Wärmeschutzverordnung, nach wie vor wird der automobile Individualverkehr gefördert, ohne daß die Energiebilanz unserer Autos verbessert würde, Ausgaben für Umweltforschung im Bundeshaushalt werden gekürzt und der Etat des Umweltministers wird jedes Jahr aufs Neue beschnitten.

Mit der Wahl von Herrn Töpfer zum Vorsitzenden des CSD hat man da den Bock zum Gärtner gemacht, der nicht einmal konkrete Versprechungen in Rio halten konnte. Eine versprochene nationale Folgekonferenz zu Rio wurde vorsorglich auf das Jahr 1995 vertagt, deutsche Beiträge zur Waldkonvention sucht man vergebens und mehr Geld für die Entwicklungsländer

gibt es schon gar nicht. Welch ein beschämender Kontrast zu dem medienwirksamen Auftritt in Rio. Schon hier ist es dem Bundesumweltminister also nicht gelungen, die AGENDA 21 mit konkretem Leben zu erfüllen. Ohne daß er seine nationalen Hausaufgaben auch nur annähernd gemacht hätte, soll er jetzt höhere Aufgaben zum Wohle der ganzen Welt lösen. Es sei ihm jeder Erfolg in einer neuen Tätigkeit gewünscht, aber es steht zu befürchten, daß er sich nur der Mühsal der Umweltpolitik in Deutschland durch seine Tätigkeit in New York entzieht.

Aber vielleicht schärft New York mit seinen ungelösten Umweltproblemen den Blick des Umweltministers. Vielleicht schafft New York mit seiner Gigantomanie - zwei Jahre nach der UNCED-Konferenz -, was Rio und Bonn nicht erreichten: Einsicht in die Notwendigkeit praktischer Konsequenzen aus der Forderung für eine nachhaltige Entwicklung.

(-/B. Juni 1994/rs/ks)

"Menschenrechte haben kein Geschlecht!"

Eine Erinnerung an die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, die vor 75 Jahren gestorben ist

Von Angelika Barbe MdB

"Menschenrechte haben kein Geschlecht!"

Mit diesem berühmt gewordenen Satz und den folgenden Forderungen ertete Hedwig Dohm um 1870 nur Hohn und Spott:

- gleiche Ausbildung für beide Geschlechter von der Grundschule bis zur Universität,
- gleicher Zugang beider Geschlechter zu allen Berufen,
- das Frauenstudium,
- das Frauenstimmrecht,
- die absolute Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen und privaten Recht.

Der Kampf um die Gleichberechtigung war dadurch erschwert, daß Frauen zu jener Zeit politisch völlig rechtlos waren.

Bayern und Preußen verfügten sogar in Verordnungen: "Politischen Vereinen ist die Aufnahme von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen verboten. Außerdem dürfen solche Personen nicht an Versammlungen und Sitzungen teilnehmen, bei denen politische Gegenstände verhandelt werden...".

Frauen waren also ausgeschlossen vom öffentlichen Bildungssystem, mußten sich Kenntnisse autodidaktisch erwerben. Hinzu kam die finanzielle Ohnmacht, zu der sie durch das deutsche Rechtssystem verurteilt waren.

Über das Vermögen, den eigenen Verdienst bestimmte der Ehemann.

Frauen waren also auf das Wohlwollen von Männern angewiesen.

Erst seit 1872/73 wurden den Frauen durch die ersten Kindergärtnerinnenseminare und die endlich erfolgte Zulassung zum Bahn-, Post- und Telegraphendienst Berufsmöglichkeiten eröffnet.

Bei diesem gesellschaftlichen Hintergrund wird verständlich, welchen Anfeindungen die kluge Hedwig Dohm durch ihren Kampf für Frauenrechte ausgeliefert war.

Selbst mußte sie als 15jährige die Schule verlassen. Sie hatte das Schicksal einer "höheren Tochter" vor sich, ergeben auf einen Ehemann zu warten oder ein Lehrerinnenseminar zu absolvieren.

Durch die Heirat mit Ernst Dohm, dem Chefredakteur der satirischen Wochenzeitschrift "Kladderadatsch", wurde ihr Haus zum Treffpunkt von Künstlern und Intellektuellen.

Sie schrieb Romane, Novellen, Komödien und natürlich immer wieder Streitschriften für die Durchsetzung der Frauenrechte.

Ihre vier Töchter sollten ein "selbstbestimmtes Leben" führen und erhielten alle eine Berufsausbildung - zur damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit.

Marielouise Janssen-Jureit wies in Ihrem Buch "Sexismus" darauf hin, daß der Urenkel Hedwig Dohms, Golo Mann, in seiner "Deutschen Geschichte" weder von seiner Urgroßmutter und deren Bestrebungen noch von der Frauenbewegung überhaupt Notiz nahm.

"Der Mütterlichkeit muß die Speckschicht der Idealität, die man ihr angedreht hat, genommen werden", forderte Hedwig Dohm ebenso wie die Tatsache, daß keine Frau mehr aus Versorgungsgründen zur Heirat gezwungen werden soll.

Wer den Kampf der heutigen Frauenbewegung 100 Jahre später um die Ergänzung der Artikel 3 und 6 im Grundgesetz mitverfolgt und das jämmerliche Schauspiel männlich bestimmter Kreise in den Koalitionsparteien betrachtet, den kann nur der Mut Hedwig Dohms zur damaligen Zeit erstaunen.

Hausarbeit und Kindererziehung sollten ihrer Ansicht nach von Institutionen übernommen werden, um auch der Frau die Chance der Berufsarbeit zu geben.

Hierzu sei nur auf die ständig wiederholte Abwehrformel hingewiesen, es sei kein Geld da, wenn der längst beschlossene Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf einen Kitaplatz auch verwirklicht werden soll.

(-/6. Juni 1994/rs/ks)

Unerträgliche Diskussion um Standort BASF **Das Leitbild der sozialen Demokratie muß erhalten bleiben**

Von Manfred Reimann MdB

Die BASF nennt ihr Sozialkürzungs- und Entlassungsprogramm Sicherung des Standortes Ludwigshafen. Es bleibt schon verwunderlich, daß die BASF in den vielen Jahren Ihrer wirklich außergewöhnlichen Gewinne, die sie die halbe Welt zusammenkaufen ließ, nie von einer Standortdebatte oder gar von nationalen Versäumnissen sprechen ließ. Seit zwei Jahren hat die Industrie den Knüppel für den Sozialabbau und Belegschaftsdisziplinierungen entdeckt und scheint unter dieser polemischen Standortdebatte gut damit zu fahren. Wendet sie doch

die Diskussion von den Schwächen, Fehlern und Versäumnissen Ihres Managements, Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen geschickt ab. Für eigene Versäumnisse, die deutsche Nation oder Japan, den südostasiatischen Raum oder wen auch immer verantwortlich zu machen, heißt, die versäumte Steigerung der Arbeitsproduktivität, das Einbringen neuer Ideen, intelligenterer Produkte zu verschleiern. Nur die heimische Arbeitsproduktivität ist ein Maßstab im internationalen Vergleich. So war es dann auch wohlthuend zu lesen, wenn die Bundesbank zum Ausdruck bringt: Zitat, daß die Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft im "Freizeitpark Deutschland" gegen dem Ausland eben doch nicht so hoch sind.

Den Gewerkschaften die Tarfkürzungen und dem Betriebsrat die Sozialleistungskürzungen einschließlich den Entlassungen hinzudrücken, ist ungerecht und mißbraucht die Standortdebatte auch für politische Ziele. Es ist unbestritten, daß Fehler einer Regierung, zum Beispiel Steuererhöhungen und andre Entscheidungen oder die Kosten unserer Wiedervereinigung sich negativ auf die Wirtschaft auswirken können. Aber solange diese Maßnahme die Dividende der Aktionäre oder die Bezüge der Vorstände nicht gefährdet, dürfen sie auch den sozialen Besitzstand der Beschäftigten nicht gefährden.

Denn auch das ist eine Einsenweisheit, solche Maßnahmen gefährden im vereinten Deutschland das Leitbild einer sozialen Demokratie, welche allein für Frieden, Freiheit und Wohlstand sorgt. Sie aus dem Auge zu verlieren, setzt uns der Gefahr aus eines immer größer werdenden Wohlstands für die Mehrheit der Deutschen und eine immer mehr wachsende Minderheit, die vom verfügbaren Reichtum ausgeschlossen wird. Die ungekehrte soziale Sprengkraft sollte jeder erkennen.

Auch die Stadt Ludwigshafen wird, wenn es zu diesem angekündigten finanziellen Abbau der BASF kommt, ihre Auswirkungen zu spüren bekommen, denn der Horrorkatalog der Kürzungen erfaßt viele freiwillige Leistungen und führt zu neuen Strukturen bei Entgeltleistungen. Neben den vielen geplanten Maßnahmen fällt besonders auf, daß auch bei Gesundheitsvorsorgemaßnahmen gekürzt werden soll. Die BASF schreibt, daß sie 1993 für Gesundheitsvorsorgemaßnahmen mehr als 15 Millionen DM aufgewendet habe. Ein Taschengeld, gemessen an Umsatz und Rendite. Daß aber solche Leistungen auf dem Prüfstand stehen, bedeutet, daß sie die durch ihre Produktionsmethoden verursachten möglichen Krankheiten nicht mehr zusätzlich durch Gesundheitsvorsorge reparieren will. Das ist in Anbetracht der Leistungen, die die krank gewordenen Anflieger erbracht haben, ein zusätzlicher Skandal.

Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß der Betriebsrat, dem jetzt das schwere Los der Gespräche und Verhandlungen obliegt, die Nerven und die Kraft behält, sich wirklich nur das Notwendigste ausdrücken zu lassen und nicht das, was im Rahmen der Standortdebatte an Abkassierung und an politischen Zielen verfolgt wird.

Der Betriebsrat hat einen Trumpf in der Hand gegen diese drastischen Maßnahmen vorzugehen, denn überall heißt es doch, die deutsche Rezession sei vorüber und insbesondere der Export, vorrangig in Europa, helfe uns aus dem Tief heraus. Eine Rezession, die vorüber ist, eine Wirtschaft, die wieder ihre Exportgeschäfte einführt, sollte nicht nur dem Betriebsfrieden zuliebe, sondern auch der sozialen Verantwortung gerecht werden und den Belegschaften solch drastische Kürzungen ersparen.

(-/6. Juni 1994/rs/ks)
